

## Die deutsche „Gefangenearbeit“ mit Ukrainern im Ersten Weltkrieg

*Frank Golczewski*

Zur Separierung der Ukrainer von den anderen russländischen Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg gibt es bisher nur wenige Studien. Sie haben dabei entweder wie die Omeljan Terlečkyjs (1873-1958) eher Quellencharakter, gehen wie das Buch von Ihor Sribnjak (\* 1963) auf die deutschen Motive kaum ein oder sind wie Claus Remers (\* 1931) Schrift Opfer einer spezifischen ideologischen Sozialisierung.<sup>1</sup> Dabei bietet das Thema Stoff für eine Diskussion der Thesen Fritz Fischers (1908-1999) zu den deutschen Absichten hinsichtlich der Ukraine, die auch von Peter Borowsky in seiner Dissertation aufgegriffen worden sind.<sup>2</sup>

Wie die Finanzierung der russischen Sozialdemokraten und die „Durchschleusung“ Lenins 1917 gehörte die intendierte Nutzung von Kriegsgefangenen nicht in den Kontext „positiver“ Kriegsziele, sondern war Teil der „Revolutionierung“, der taktischen Schwächung des russländischen Kriegsgegners durch die Förderung auführerischer bzw. zentrifugaler Kräfte. Als zunächst österreichisches, dann deutsches Projekt, das auf die Initiative des im Sommer 1914 in Österreich von dem Sozialismus nahe stehenden Ostukrainern gegründeten Bundes zur Befreiung der Ukraine (Sojuz Vyzvolennja Ukraïny – BBU)<sup>3</sup> zurückging, lieferte die „Gefangenearbeit“ später Gegnern des ukrainischen Nationalismus einen der Vorwände, diesen als eine deutsche Erfindung zu diffamieren.

<sup>1</sup> Omeljan Terlečkyj: *Istorija ukraïnskoï hromady v Raštati 1915-1918*. Kyïv-Ljajpcig 1919; Ihor Sribnjak: *Poloneni Ukraïnci v Avstro-Uhorščyni ta Nimeččyni (1914-1920 rr.)*. Kyïv 1999; Claus Remer: *Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhundert bis 1917/18*. Frankfurt/Main u.a. 1997.

<sup>2</sup> Borowsky sah in der späteren Besetzung der Ukraine die „Verwirklichung einer während des ganzen Krieges festgehaltenen Konzeption, die ihrerseits wieder auf allgemeine Vorstellungen der Vorkriegszeit zurückgeht“, was sich meines Erachtens so nicht aufrecht erhalten lässt (Peter Borowsky: *Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen* [Historische Studien 416]. Lübeck-Hamburg 1970, 17). Fischer handelte davon, dass die deutsche Orientierung sich „im August und September 1914 vollzog [...] und [...] immer bleibend als festumrissene Konzeption bestand“ (Fritz Fischer: *Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatziele im Osten 1914-1918*. In: *Historische Zeitschrift* 188 [1959], 249-310, 251). Hierzu sei vermerkt, dass der Verf. der Ansicht ist, dass sich die Ausbeutungskonzepte der deutschen Wirtschaft und des Militärs erst Ende 1915 – unter dem Einfluss ukrainischer Verfasser – ausgebildet hätten, dann allerdings fester, wenngleich umstrittener Bestandteil der deutschen Politik geworden seien. Diskutiert wird diese Auffassung in einer künftigen Arbeit.

<sup>3</sup> Zum BBU vgl. die älteren Beiträge von Helga Grebing: *Österreich-Ungarn und die „Ukrainische Aktion“ 1914-18*. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F.* 7 (1959), 270-296; Wolfdieter Bihl: *Einige Aspekte der österreich-ungarischen Ruthenenpolitik 1914-1918*. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F.* 14 (1966), 539-550; Rudolf A. Mark: *Zur ukrainischen Frage im Ersten Weltkrieg*. Flugschriften des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ und ihm nahestehender Publizisten 1914-1916. In: *Zeitschrift für Ostforschung* 33 (1984), 196-226. Die Historiographie des BBU bleibt auch angesichts der nunmehr zugänglichen Archivalien ein hochrangiges Desiderat.

Dabei muss beachtet werden, dass im Ersten Weltkrieg alle Kriegsparteien versuchten, „Befreiungstruppen“ zu nutzen. In Österreich waren die Pilsudski-Haller-Legionen einer dieser Versuche, die ukrainische Legion (Ukraïnski Sičovi Stril'ci – USS) der zweite. Allerdings ließen sowohl der wichtiger erscheinende Rückgriff auf die österreichischen Polen als auch die Niederlagen der Österreicher, die fast ganz Galizien 1914 russischen Truppen überlassen mussten und erst im Sommer 1915 den größten Teil Ostgaliziens wiedererobern konnten, nicht zuletzt auch undurchsichtige finanzielle Manipulationen der BBU-Vertreter das anfängliche Interesse Wiens an den Ukrainern erlahmen.

Die Nationalukrainer wandten sich daher an Deutschland, wo die ukrainischen Nationalisten weniger Rücksichten auf die Polen erwarteten. In Berlin antichambrierten ruthenische Abgeordnete wie Kost' Levyčkyj (1859-1941), der Dmytro Doncov (1883-1973) hier ein Büro einrichtete. Für den BBU reiste Dr. Jevhen Levyčkyj (Eugen Lewicki [1870-1925]), Rechtsanwalt und galizischer ruthenischer Reichsratsabgeordneter, nach Berlin, „um die deutsche Öffentlichkeit über die Ukraina zu informieren“.<sup>4</sup>

#### Der Entschluss zur Separierung der Ukrainer

Nachdem eine Einwirkung auf die russländische Ukraine sich als unmöglich erwiesen hatte, konnte der BBU in Österreich ein neues Betätigungsfeld finden, das auf längere Sicht seine Existenz absicherte. Im Herbst 1914 waren erstmals in Knittelfeld einige hundert aus der Ukraine stammende Kriegsgefangene separiert und einer Ausbildung durch Abgesandte des BBU ausgesetzt worden. Die Nutzung von Kriegsgefangenen hatte den Generalstab wie das österreichische Außenministerium interessiert. Der für das Außenministerium tätige Konsul Emanuel Urbas, hatte bereits im August 1914 nach Gesprächen mit ukrainischen Politikern in Lemberg angeregt,

„die Ukrainer unter den Kriegsgefangenen besonders zu behandeln, sie aufzuklären, daß wir als ihre Freunde in ihr Land einrücken und sie so weit zu gewinnen, daß man sie dann in die Freiwilligenkorps einteilen oder als Agenten in den nicht besetzten Gebieten der Ukraine verwenden kann“.<sup>5</sup>

Im Juni 1915 verlegte Österreich seine Gefangenenaktivitäten nach Freistadt in Oberösterreich. Im Juni 1917 kam ein Offizierslager in Josefov dazu.<sup>6</sup> Es ist daher nicht richtig, wenn Egmont Zechlin (1896-1992) für 1915 das Ende der „Aufwiegelung“ und ihren Ersatz durch „Propaganda“ annahm.<sup>7</sup> Die „nationale Erziehung“ von

<sup>4</sup> Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (HHStA), P.A. 903 Kr. 8b, Provisorischer Bericht über die Tätigkeit des BBU für die Zeit September-Dezember 1914, 14.12.1914, zitiert nach Theophil Hornykiewicz: Ereignisse in der Ukraine 1914-1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe. 4 Bde. Philadelphia 1966-1969, Bd. 1, 170-190, 180.

<sup>5</sup> HHStA, P.A. 523, Konsul Urbas, Ukrainische Frage, 20.8.1914, zitiert nach Hornykiewicz (Anm. 4). Bd. 1, 11-14, 14. Hoyos, der für den BBU zuständige Referent im österreichischen Außenministerium, hatte zu diesem Satz den Randvermerk „Ja sehr wichtig“ gesetzt.

<sup>6</sup> Sribnjak (Anm. 1), 29, 130f.

<sup>7</sup> Vgl. Egmont Zechlin: Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 9 (1961), 341-367, 351.

ukrainischen Kriegsgefangenen war kein Propagandacoup, da sie zunächst geheim blieb. Es handelte sich dabei im Gegenteil um ein echtes Stück Vorbereitung zu „Revolutionierung“ oder „Aufwiegelung“.

Die Ziele der „Gefangenearbeit“ bestanden allerdings zunächst nicht in der Aufstellung einer kämpfenden Truppe. Was Paul Rohrbach (1869-1956) in einer Denkschrift für den schwedischen König im Oktober 1915 in Abstimmung mit dem deutschen Auswärtigen Amt formulierte, unterstrich allein nationale und soziale Forderungen:

„Man brauchte dazu nur einige tausend ukrainische Kriegsgefangene in Deutschland und Österreich-Ungarn zu präparieren und sie beim Einmarsch in das eigentliche ukrainische Gebiet mit dem Auftrage zu den Ihrigen zu schicken, die Landzuweisung an die Bauern zu verkünden. Die Durchführung einer derartigen Agrar-Reform im Sinne der ukrainischen Bauern würde ohne weiteres die Möglichkeit geben, die Ukraine nachher vom übrigen Rußland getrennt politisch zu organisieren.“<sup>8</sup>

Die Kriegsgefangenenbetreuung wurde bald das Hauptarbeitsgebiet des BBU, der dabei ein Monopol erwarb. Nach den ersten in Knittelfeld gesammelten Erfahrungen wurde der BBU im Februar 1915 beim deutschen Kriegsministerium vorstellig: „Das Ziel der Arbeit ist, die kriegsgefangenen Soldaten ukrainischer Nationalität über unsere Rußland gegenüber feindliche Stellung aufzuklären.“ Man verwies auf Knittelfeld und erbat die Möglichkeit, auch in deutschen Kriegsgefangenenlagern aktiv werden zu können.<sup>9</sup> Die Vorteile lägen darin,

„unsere gefangenen Landsleute mit Waffen zu versehen [und] zur Befreiung ihrer Heimat vom moskowitischen Joche gemeinsam mit den Truppen der Verbündeten heranzuziehen, eine Aufgabe, zu der sie sich nach der Aufklärung über die Sachlage bereitwilligst drängen werden. Durch die Ausrüstung gefangener Ukrainer [...] könnte eine Vermehrung der auf deutscher Seite kämpfenden Truppen erfolgen, und zwar solcher Truppen, die wissen, daß es für sie und ihr Land nunmehr im vollsten Sinne auf Leben und Tod geht. [...] Wenn die Bevölkerung erfährt, daß die ukrainischen Soldaten in großen Verbänden an den Befreiungskämpfen teilnehmen, [...] so kann die volle Wirkung nicht ausbleiben. Die Proklamationen müssen enthalten auf der einen Seite einen Aufruf des Bundes zur Befreiung der Ukraina, auf der anderen Seite eine Kundgebung der beiden Kaiserreiche, welche die Gründung einer selbständigen Ukraine zusichert.“<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Denkschrift Paul Rohrbach: Bemerkungen über Rußland [19.10.1915], zitiert nach Peter Borowsky: Paul Rohrbach und die Ukraine. Ein Beitrag zum Kontinuitätsproblem. In: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Fritz Fischer. Hg. von Imanuel Geiss und Bernd Jürgen Wendt. Düsseldorf 1973, 427-452, 444f.

<sup>9</sup> National Archives Canada (NAC), Andrij Zhuk Collection MG 30, C 167, vol. 10, file 10, BBU an Hauptmann von Lübbers, Kriegsministerium, 25.2.1915. – Wenn Friedrich und von Lübbers im November 1915 schrieben, die „Vertreter der russischen Ukraina“ hätten sich „bald nach Beginn des Krieges“ an die Regierungen der Zentralmächte gewandt, dann ist hierbei die Ansprache der Österreicher gemeint (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn [PAAA], Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl. 63-65, Friedrich / von Lübbers, Denkschrift über die ukrainischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland und über die Errichtung einer selbständigen Ukraina, 22.11.1915).

<sup>10</sup> NAC, MG 30, C 167, vol. 10, file 13; PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 3, Bl. 116, BBU an Auswärtiges Amt und Generalstab, 21.2.1915.

Die deutsche Reaktion war ambivalent: Einerseits gab es durchaus Interesse an dem Angebot. Andererseits war man in Berlin nicht gewillt, die Option eines Sonderfriedens mit Russland durch die unmittelbare Parteinahme für Separatisten zu gefährden. Und nachdem widersprüchliche Informationen über den BBU eingegangen waren, hielt man es zunächst umso mehr für angezeigt, sich nicht öffentlich auf ihn zu stützen.<sup>11</sup>

Man delegierte also die Kontakte mit den Ukrainern an eine Instanz, die nicht so sehr im Blickfeld der Öffentlichkeit stand. Diese fand man in der von Dr. Erich Keup (1885-?) geführten „Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation“ mit ihrem Sitz in Frankfurt/Oder, also in noch annehmbarer Entfernung von Berlin, wo zudem der den Alldeutschen nahe stehende Friedrich von Schwerin Regierungspräsident war. Keup agierte nicht allein: Er hatte seine Hilfe angeboten und erklärt, sich auf „berufene Stellen“ stützen zu können. Diese „berufenen Stellen“ repräsentierten jedoch Personen aus dem dritten Glied. Das Auswärtige Amt vertrat dessen Vertrauensmann Dr. Max Zimmer, der schon einen missglückten Plan betreut hatte, Ukrainer über Konstantinopel zur Befreiung ihres Landes zu aktivieren. Im März 1915 wog Zimmer die Möglichkeiten des ukrainischen Engagements ab: Gestützt auf die vom BBU bestellte und vertriebene viel gelesene Broschüre Stefan Rudnyčkyjs<sup>12</sup> hielt er Ukrainer für grundsätzlich staatsfähig, zog eine Annexion nicht in Erwägung („ließe sich kaum durchführen und würde überdies das slawische Element unter der Bevölkerung der Zentralmächte viel zu sehr stärken“) und empfahl stattdessen die Unterstützung der ukrainischen Bewegung, wobei die Ukraine als „ein starkes Zersetzungsmoment im russischen Reiche verbleiben“ solle. Die österreichische Gefangenenaufklärung lobte er, meinte jedoch, es sei wichtig, dass – anders als in Österreich – „ein fester Wille und ein klarer Entschluß unsere Beziehungen zu den Ukrainern bestimmen“.<sup>13</sup> Die Leitung der Aktion sollte „in deutscher Hand verbleiben“; und auch wenn man sich nicht von einer einzigen ukrainischen Institution abhängig machen wollte, blieb der BBU der bevorzugte Partner. Man umging so die in Berlin durch den aus dem BBU ausgetretenen Ostukrainer Dmytro Doncov vertretenen österreichischen Ruthenen.

Die entscheidenden Gespräche fanden am 15. und 16. April 1915 in Berlin und Frankfurt/Oder statt. Zimmer, Keup, von Schwerin und von Lübbers berieten mit dem aus Wien angereisten BBU-Funktionär Oleksander Skoropys-Joltuchovskýj (1880-1950) über die angestrebte Kooperation. Das Auswärtige Amt hatte zuvor dem Kriegsministerium bedeutet, die „Trennung und besondere Behandlung der ukrainischen Gefangenen [sei] ganz im Sinne seiner Wünsche“. Ukrainer sollten wie

<sup>11</sup> Der deutsche Konsul in Lemberg Heinze schrieb, die BBU-Mitglieder seien vor dem Krieg „Dunkelmänner“ gewesen und hätten die Unstimmigkeiten zwischen den ukrainischen Gruppen verursacht. Er erwähnt in seinem Schreiben weiter, von Bergen sei bereits im Oktober 1914 an Propaganda unter den russischen Kriegsgefangenen interessiert gewesen, Deutschland wolle aber erst die österreichischen Erfahrungen abwarten (PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 3, Bl. 130f., Heinze, Bemerkungen zu den Wünschen des Herrn Melenewsky, 20.1.1915).

<sup>12</sup> Stefan Rudnyčkyj: *Ukraina und die Ukrainer*. Wien 1914.

<sup>13</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 4, Bl. 30-34, [Max Zimmer], „Ukrainer“, 17.3.1915.

in Österreich aus den allgemeinen Lagern herausgezogen und in fünf Sonderlagern untergebracht werden. Die „Gesellschaft zur inneren Kolonisation“ sollte als Ansprechpartner der Ukrainer dienen, weil man „kaum erwarten“ dürfe, dass „eine gewissenhafte Regierung“ [...] „schriftliche Zusicherungen betreffs der Absprennung der Ukraine gibt“. Die Konkurrenz ukrainischer Gruppen wurde negativ bewertet: „Die in der Kriegssituation liegenden Schwierigkeiten werden verschärft durch die unerfreuliche Tatsache, daß die verschiedenen ukrainischen Gruppen miteinander in scheinbar unversöhnlichem Streite liegen.“ Von Schwerin regte die Bildung eines Beirats „aus reichsdeutschen, völlig zuverlässigen Personen“ an, der die „Gefangeneneinflussung“ leiten sollte, „ohne daß das Auswärtige Amt oder das Kriegsministerium damit befaßt werden.“ Der BBU solle nur mit dem Beirat, nicht mit deutschen Behörden zusammenarbeiten. Der BBU erklärte sich bereit, die Beziehungen streng vertraulich zu halten, was auch in seinem Interesse liege, da Feinde den „Bund für einen Agenten, einen bezahlten Handlanger der Feinde Rußlands“ halten könnten. Man wollte daher von Deutschland zwar finanziell entschädigt werden, alle Zahlungen sollten jedoch von der „Gesellschaft“ über die Kasse des Bundes erfolgen, wobei diese beiden miteinander abrechnen würden – der Ansatz für die ersten vier Monate lag bei 80.000 Kronen.<sup>14</sup>

Die Deutschen informierten sich über die Erfahrungen mit den österreichischen Lagern,<sup>15</sup> und Skoropys unternahm 1915 als BBU-Vertreter zusammen mit Hauptmann von Lübbers eine Rundreise durch verschiedene deutsche Gefangenenerlager, bei der man sich schließlich für Rastatt als erste derartige Einrichtung entschied.<sup>16</sup>

### Die „Gefangenearbeit“

Das Zusammenspiel von deutschen und ukrainischen Interessen ist bisher in der Literatur nur am Rande angesprochen worden. Nur scheinbar ist paradox, dass die unterschiedlichen Ziele der Deutschen und des BBU die gemeinsame Grundlage des Unternehmens waren. Während dem BBU an einer „Nationalisierung“ der ukraini-

<sup>14</sup> NAC, MG 30, C 167, vol. 10, file 13, BBU an Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, 15.5.1915. Zur Finanzierung vgl. PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 4, Bl. 108, Oberst Friedrich, Kriegsministerium, an AA, 4.5.1915; ebd., Bd. 8, Bl. 47, Unterstaatssekretär im AA an Kriegsministerium, 9.11.1915. Der Ansatz für die laufenden Kosten belief sich Ende 1915 auf 10.000 Mark monatlich (ebd., Bd. 10, Bl. 2-8, 2, von Schwerin, Bericht über die Verwendung der dem Konto AA bei der Darmstädter Bank zu Frankfurt a. Oder zur Verfügung gestellten Mittel, 23.12.1915). – Dass es sich bei den Geldern um ein Darlehen gehandelt habe, ist nicht erkennbar (vgl. Oleh S. Fedyshyn: *Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution 1917-1918*. New Brunswick/NJ 1971, 33).

<sup>15</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 4, Bl. 99-107, Die ukrainische Propaganda unter den russischen Kriegsgefangenen ukrainischer Nationalität in Österreich, 25.4.1915. Nachdem Freistadt die Rolle Knittelfelds übernommen hatte, wurde dieses Lager ausdrücklich zum Vorbild genommen (ebd., Bd. 10, Bl. 2-8, von Schwerin, Bericht über die Verwendung der dem Konto AA bei der Darmstädter Bank zu Frankfurt a. Oder zur Verfügung gestellten Mittel, 23.12.1915).

<sup>16</sup> „Der erste Versuch praktischer Arbeit“ scheiterte, weil das Lager Müncheberg, Kreis Lebus, „wegen schlechter Unterkunftsräume“ und „unbefriedigender Küchenverhältnisse“ abgelehnt wurde. Aus ähnlichen Gründen wurde die im Juni 1915 begonnene Tätigkeit im Lager Schwaneburger Moor in Oldenburg aufgegeben. Daraus wird schon deutlich, dass die Ukrainerlager eine positive Umgebung für die Gefangenen bieten sollten, was als materieller Anreiz gelten mochte, sich dorthin zu melden (ebd., Bl. 2, 4).

schen Gefangenen im Blick auf später lag, war das deutsche Interesse taktisch bedingt. Um zu reüssieren, mussten die Ukrainer daher das Vertrauen der Deutschen gewinnen und sich den Zielen der Deutschen anpassen, die offenbar froh waren, sich nicht selber engagieren zu müssen.

Terlećkyj hat belegt, dass sich der BBU bereits im Mai 1915 erfolgreich die Selbständigkeit in der Organisation und Durchführung der Bildungsarbeit in den Lagern vorbehalten hatte. Er hatte damit einen hohen Grad an Freizügigkeit gegenüber den Deutschen erreicht.<sup>17</sup> Das deutsche Vertrauen war insofern gerechtfertigt, als Skoropys es sich angelegen sein ließ, den Kriegsgefangenen zu demonstrieren, „welcher Unterschied zwischen dem Leben in Rußland und dem Leben in Deutschland und Österreich“ liege. Andererseits konnte er sich auch damit ausweisen, dass er keine Verpflichtungen auf sich genommen habe, zugunsten von Österreich oder Deutschland zu agitieren: „Wir haben nur versprochen, keine germanophobe oder austrophobe Propaganda zu betreiben.“<sup>18</sup>

Am 23. April 1915 wurden die ersten ukrainischen „Ausbilder“ aus Österreich nach Deutschland beordert. So sind im Mai 1915 Rastatt, im September 1915 Wetzlar, im November 1915 Salzwedel und Ende 1916 Hannoversch Münden als Ukrainerlager ausgewiesen worden.<sup>19</sup> Die Zahlen der Insassen der Ukrainerlager (40.000) führen jedoch in die Irre.<sup>20</sup> Die Akzeptanz der BBU-Aktivitäten war vor allem in der ersten Zeit auf eine kleine Minderheit der aus der Ukraine stammenden Gefangenen beschränkt, die weder die Bedrohung durch die russlandfreundlichen Unteroffiziere fürchtete<sup>21</sup> noch sich durch Desinteresse oder Apathie vom Unterricht abhalten ließ. Terlećkyj wertete es schon als Erfolg, dass sich Anfang 1916 einige hundert Gefangene zu einer Versammlung eingefunden hätten, auf der eine „selbständige Ukraine“ gefordert worden sei.<sup>22</sup> Die Anzahl der „mehr oder weniger“ der ukrainischen Frage anhängenden Menschen in Rastatt bezifferte er für diese Zeit auf 1.200 Personen, nach seiner Rechnung vierzehn Prozent der Lagerinsassen.<sup>23</sup> Hierbei muss zusätzlich ins Gewicht fallen, dass Kursteilnehmer durch die deutsche Kommandantur von anderer Arbeit freigestellt wurden.<sup>24</sup>

<sup>17</sup> Terlećkyj (Anm. 1), 23.

<sup>18</sup> Protokoll der Lagerversammlung in Wetzlar vom 7.11.1916, zitiert nach ebd., 23f.

<sup>19</sup> Vgl. Remer: Ukraine (Anm. 1), 262; ders.: Das Ukrainerlager Wetzlar-Büblinghausen (1915-1918) – ein besonderes Lager? In: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 37 (1994), 77-116, 91f. Friedrich von Schwerin berichtete Ende 1915 (PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 2-8, 5, Bericht über die Verwendung der dem Konto AA bei der Darmstädter Bank zu Frankfurt a. Oder zur Verfügung gestellten Mittel, 23.12.1915; vgl. Remer: Ukrainerlager [Anm. 19], 93) über die Reisen von Skoropys in die Lager Celle, Soltau, Wittenberg und Zerbst und von Jevhen Levyćkyj nach Frankfurt/Oder und Brandenburg, um geeignete Ukrainer für die neuen Lager ausfindig zu machen. Nach Sribnjak (Anm. 1), 136, wurde Hannoversch Münden erst sehr spät als separates Offizierlager eingerichtet, die ersten Angaben über eine ukrainische „Hromada“ stammen aus dem April 1917.

<sup>20</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl. 63-65, Friedrich / von Lübbbers, Denkschrift über die ukrainischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland und über die Errichtung einer selbständigen Ukraina, 22.11.1915; Remer (Ukrainerlager [Anm. 19], 91) zitiert eine korrigierte Version vom 1.12.1915.

<sup>21</sup> Vgl. Terlećkyj (Anm. 1), 57-65.

<sup>22</sup> Ebd., 96.

<sup>23</sup> Ebd., 153.

<sup>24</sup> Ebd., 156.

Ein BBU-Bericht bezeichnete die Verhältnisse in Wetzlar als günstig, während die Unteroffiziere in Rastatt nach dem Beginn der „Aufklärungsarbeit“ eine „Contre-Agitation“ begonnen hätten. Im Dezember 1915 beschwerte sich der BBU intern über die deutsche Zurückhaltung:

„Die unklare Stellung der deutschen Regierung zu der Lösung der ukrainischen Frage lähmt die Entwicklung der Sache. Die Resultate der Arbeit aber sichern den kulturellen und politischen Erfolg dem Deutschtum in Zukunft auf ukrainischem Boden. Bis seitens der deutschen Regierung klare Stellungnahme erfolgt, muß man bloß mit kleinen politischen Erfolgen zufrieden sein.“<sup>25</sup>

Die „unklare Stellung“ mag auch daran gelegen haben, dass den Deutschen im Juni 1915 stärker bewusst geworden war, dass es zu den bisher nahezu ausschließlich mit Ukrainern verhandelten Plänen auch Gegenpositionen seitens eher russlandfreundlicher Lobbyisten gab. Es ist hier kein Raum, die gegensätzlichen Positionen zu referieren. Denn welche Schlüsse man daraus auch immer ziehen mochte, der BBU wurde weiter gefördert. In Berlin war im April 1915 eine Zentralstelle des BBU für die Gefangenenarbeit eingerichtet worden, die Skoropys leitete (Berlin W 9, Linkstraße 22) und in der Vsevolod Kozlovskýj als Sekretär tätig war.<sup>26</sup> Das Auswärtige Amt (AA) und das Kriegsministerium finanzierten über die „Vermittlungsstelle Frankfurt a. d. Oder“ die Betreuung der ukrainischen Kriegsgefangenen, wobei das AA in den Hintergrund rückte und das Unterkunftsdepartement des Kriegsministeriums unter Oberst (1918 Generalmajor) Emil Friedrich die weitere Arbeit verantwortete<sup>27</sup> sowie die Räumlichkeiten stellte, während die Gelder für das Ausbildungspersonal weiterhin vom AA kamen.<sup>28</sup>

Der vom BBU organisierte Unterricht war wohl durchdacht. Der BBU favorisierte historische Themen, welche die „Grundlage zu einer wirkungsvollen, jedem Ukrainer verständlichen Propaganda“ böten. Weiterer Unterricht erfolgte in den Fächern Musik, Kunst und Handwerk, in ukrainischer und deutscher Sprache, „wie überhaupt die Aufklärung mit darauf ausgeht, daß die Kenntnis Deutschlands mit seiner überragenden Kultur den Wunsch nach einem Zusammenschluß mit ihm wachrufen soll“. Die Deutschen registrierten ein großes Interesse an der Landwirtschaft und bescheinigten

<sup>25</sup> NAC, MG 30, C 167, vol. 10, file 13, BBU Berlin an BBU Wien, 2.12.1915.

<sup>26</sup> Vgl. Terleckýj (Anm. 1), 19.

<sup>27</sup> Vgl. Remer: *Ukrainerlager* (Anm. 19), 90f. Zur Organisation und ersten Planungen vgl. PAAA, *Weltkrieg 11a Ukraine*, Bd. 4, Bl. 109f., von Schwerin, Besprechung vom 23.4.1915. – Zehn unverheiratete ukrainische Propagandisten erhielten je 300 M, fünf ältere verheiratete je 500 M monatlich (ebd., Bd. 5, Bl. 69, Notiz Brück über Besuch von Schwerin, 28.6.1915; ebd., Bd. 6, Bl. 35, Zahlungsanweisung AA, 8.7.1915). 1916 wurden an Verheiratete 450 M gezahlt, die Leiter in den jeweiligen Lagern erhielten 100 M Zulage, einer (Korduba) 150 M Zulage, weil er nicht schlechter als in seiner zivilen Tätigkeit in Czernowitz gestellt sein sollte (ebd., Bd. 10, Bl. 9-12, 10, von Schwerin an Kriegsministerium, Bericht über die Verwendung der Geldmittel, 24.1.1916).

<sup>28</sup> Im Dezember 1915 gab von Schwerin den Bedarf an monatlichen Ausgaben für jedes Lager mit 10.000 Mark an (ebd., Bd. 10, Bl. 2-8, 7, von Schwerin, Bericht über die Verwendung der dem Konto AA bei der Darmstädter Bank zu Frankfurt a. Oder zur Verfügung gestellten Mittel, 23.12.1915). Zur Finanzierung der „Gefangenenarbeit“ des BBU in Österreich vgl. Wolfdieter Bihl: *Österreich-Ungarn und der „Bund zur Befreiung der Ukraina“*. In: *Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch*. Graz-Wien-Köln 1965, 505-526, 514f.

den Gefangenen, im Verhältnis zu den „Moskowitern“ „selbständiger, zielbewußt und findig“ zu sein.<sup>29</sup>

Aber bald stellte man fest, dass die Ukrainer wider Erwarten gar nicht an Geschichte interessiert waren. So wurde kurzerhand in Rastatt auf „nationale“ Themen verzichtet und „praktischer Unterricht“ vorgezogen.<sup>30</sup> Es gab nun mehr Analphabetenkurse, den sehr beliebten Deutschunterricht, Rechenkurse, ein Lehrerseminar, einen staatswissenschaftlichen Kurs und einen Photographiekurs. Erst später bildete sich in Rastatt eine „nationale Sektion“ zur „Heranbildung von politischen und nationalen Agitatoren und Organisatoren“, aber auch eine „Soziale Sektion“, für „diejenigen, die in Rußland einer sozialistischen Partei angehörten“: Ihr Zweck war die „Gewinnung der sozialistischen Elemente für die nationale Sache“, die Sektion bildete sich jedoch bald zu einer „Lagerpartei“ heraus. Jeden Mittwoch wurde eine „allgemeine zugängliche Volksversammlung“ abgehalten, daneben gab es fast täglich „Abend- und Tagesvorträge“ – „alle Vorträge mit Diskussionen“.<sup>31</sup>

Terleckyj betonte, dass selbst als ein Teil der Gefangenen begonnen habe, sich als Ukrainer zu fühlen, bei ihnen „Klasseninteressen und selbst die Landfrage höher-rangig als die nationale Idee“ gewesen seien.<sup>32</sup> Trickreich hätten die Instrukteure daher nach einem ersten Fehlschlag begonnen, Fachveranstaltungen ohne einen direkten Bezug zum ukrainischen Nationalismus anzubieten, um auch zurückhaltendere Gefangene dafür zu interessieren.<sup>33</sup> Als der „Störfaktor“ der russland-treuen Unterführer und Soldaten vermerkt worden war, wurden jene konsekutiv in andere Lager versetzt, um die „Ukrainisierungswilligen“ nicht weiter terrorisieren zu lassen. Andererseits blieben in den Ukrainerlagern auch solche Gefangenen, die sich zwar nicht offen gegen die Ukrainisierung gewandt hatten, ihr jedoch indifferent gegenüberstanden.<sup>34</sup> Und Terleckyj betonte auch, dass der Vorwurf, eine Ukraine brauche nur der deutsche Kaiser, so schwer wog, dass „es damals (Anfang 1916) niemand von der Bildungsabteilung gewagt hätte, öffentlich ein positives Wort über Deutschland auszusprechen“.<sup>35</sup> Der Balanceakt konnte nur deshalb gelingen, weil auch den Deutschen eine längerfristige Deutschfreundlichkeit der Ukrainer offenbar gleichgültig war.

<sup>29</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl. 63-65, Friedrich / von Lübbers, Denkschrift über die ukrainischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland und über die Errichtung einer selbständigen Ukraina, 22.11.1915. Lehrziele des deutschen Sprachunterrichts waren: „Die praktische Aneignung der deutschen Sprache, die Gewinnung der Zuhörer für den deutschen Kulturkreis und deren allgemeine Bildung“; Lehrziele des Unterrichts in ukrainischer Geschichte waren: „Die Erinnerungen an die besonderen geschichtlichen Traditionen des ukrainischen Volkes sowie an den Zusammenhang der ukrainischen und der abendländischen Geschichte und die Erziehung zum politischen Unabhängigkeitsgedanken“ (PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 13-15, 13, Arbeits- und Organisationsprogramm des ukrainischen Unterrichtsausschusses des BBU in Rastatt, Januar 1916).

<sup>30</sup> Protokoll der Rastatter Bildungsabteilung vom 13.10.1915, angeführt in Terleckyj (Anm. 1), 141.

<sup>31</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 13-15, Arbeits- und Organisationsprogramm des ukrainischen Unterrichtsausschusses des BBU in Rastatt, Januar 1916.

<sup>32</sup> Terleckyj (Anm. 1), 36, 53.

<sup>33</sup> Ebd., 70, 75.

<sup>34</sup> Ebd., 95f.

<sup>35</sup> Ebd., 159.



Ein wichtiger Bestandteil der „Gefangenearbeit“ waren Publikationen, die in den Lagern erstellt wurden. In Rastatt erschien 1915 täglich das *Ukrainske Slovo* (Ukrainisches Wort) in 1.000 Exemplaren, dann vom 23. Januar 1916 an wöchentlich, 1917 zweimal die Woche die Zeitschrift *Rozsvit* (Morgengrauen) in 800 bis 1.500 Exemplaren, in Wetzlar seit November 1915 der anfangs hektographierte *Prosvitnyj Listok* (Aufklärungsblättchen / Bildungsblättchen) zweimal monatlich mit dem Kopf „Herausgegeben von der Pressesektion des BBU aus den kriegsgefangenen Ukrainern des Lagers Wetzlar“. Von Januar 1917 an erschien die Publikation als *Hromadska Dumka* (Gemeinschaftsgedanke) sechsmal im Monat in einer Auflage von 3.500 Exemplaren. Für Salzwedel wurde die *Nova Zorja* (Neue Morgenröte) anfangs in einer Magdeburger Druckerei hergestellt, ab März 1916 wurde dann das *Vil'ne Slovo* (Freies Wort), ab Mai 1916 von Zenon Kuzelja (1882-1952) redigiert, in 3.000 Exemplaren in Salzwedel gedruckt.<sup>36</sup>

Diese Veröffentlichungen waren die ersten Druckerzeugnisse in ukrainischer Sprache, die in Deutschland herauskamen, und sie wurden zwischen den Lagern ausgetauscht.<sup>37</sup> Ihr Inhalt war politisch, bestand vordergründig jedoch vor allem aus kulturbezogenen Texten, von denen sich die „Aufklärer“ des BBU die Bewusstmachung ukrainischer Identität versprachen. Die Publikationstätigkeit war an Unterricht gekoppelt, daneben wurde in allen Lagern eine Bibliothek eingerichtet, in Wetzlar auch ein kleines landwirtschaftliches Museum, weil man eben auch Fertigkeiten vermitteln wollte, „die den Ukrainern nach dem Krieg zugute kommen konnten“.<sup>38</sup>

### Die „Turnvereine“

Auch eine paramilitärische Ausbildung gab es. Am 4. Dezember 1915 war in Rastatt eine „gymnastische Gesellschaft“ unter dem Namen „Zaliznjak“ entstanden, die sich jedoch noch vor dem 13. Dezember in „Zaporožska Sič“ umbenannt hatte.<sup>39</sup> In dem Bericht über die Besichtigung des Lagers Rastatt am 27. April 1916 wurde die „Schaffung des sogenannten Turnvereins (Zaporož'e)“ angesprochen, der „nun allmählich in militärischer Hinsicht eine recht konkrete Form angenommen“ habe: „man nennt ihn bereits das Schützenregiment“. Der „Verein“ wurde von den Deutschen als „Garde“ bezeichnet, seine Gliederung war militärisch.<sup>40</sup> Dies geschah nicht etwa gegen die Deutschen. Nach von Schwerin war die „Sič“

„von der Militärbehörde zu einer besonderen Verwendung ausersehen. Die Leute sollen gegebenenfalls der fechtenden Truppe unmittelbar folgen und im Etappengebiet in ihrer

<sup>36</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 21-24, 23, von Schwerin, Bericht über die Verwendung der Geldmittel, 6.7.1916; vgl. Remer: Ukrainerlager (Anm. 19), 107. Vgl. Sribnjak (Anm. 1), 88, 95f., 114-116.

<sup>37</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14, Bl. 69-75, 72, Offz.-Gefangenenerlager Hannoversch Münden, Aufklärungsoffizier Olt Schöning, Der gegenwärtige Stand der ukrainischen Aufklärung im Lager, 19.6.1917.

<sup>38</sup> Remer, Ukrainerlager (Anm. 19), 99.

<sup>39</sup> Terlečkyj (Anm. 1), 117. Sribnjak (Anm. 1), 140, verweist darauf, dass diese Gesellschaft sich zunächst mit Volkstänzen und Exkursionen befasst habe und deshalb von der an paramilitärischen Zielen interessierten Lagerorganisation im Februar 1916 neu gegründet worden sei.

<sup>40</sup> Terlečkyj (Anm. 1), 200f. Zu den Statuten vgl. Sribnjak (Anm. 1), 140f.

Heimat Verwendung finden. [...] Amtlich weiß man nichts von einer solchen Verwendung! Oberst Friedrich [...] lege den größten Wert darauf, daß selbst der Schein einer späteren militärischen Verwendung vermieden würde.“

Aber bereits im März 1916 wurde „das Projekt einer Uniform für die Turner [...] ausgearbeitet und der Plan erwogen, sie mit dem inneren Bewachungsdienst des Lagers zu betrauen“.<sup>41</sup> Als Vorbild galt die romantisierte Kosaken-Vorstellung: Am 24. April 1916 wurde Leutnant Mykola Šapoval (1896-1948) zum Obersten der Sič gewählt. Dabei dienten als Vorbild die galizischen Schützenvereine, aus denen die USS hervorgegangen war.<sup>42</sup> Die Sič-Angehörigen erhielten eigene Wohnbaracken. In den Lagern gab es bald keine deutschen Wachmannschaften mehr, sondern auch in der Nacht übernahm die Sič die Selbstverwaltung.<sup>43</sup> Man war sowohl beim BBU (Skoropys) als auch auf deutscher Seite sicher, dass die Gefangenen zum Teil zwar erst den Ausgang einer Offensive abwarten wollten, bevor sie sich offen auf deutscher Seite engagierten, aber die allgemeine Verbreitung des ukrainischen Unabhängigkeitsgedankens stellte offiziell niemand in Frage.<sup>44</sup> Konkreter noch: Skoropys strebte an, dass für den Fall einer deutschen Offensive die „Sič“ eine „Verwaltungs- und Wirtschaftsrolle im Etappengebiet“ spielen sollte, auch bei der Lösung der Landfrage sollten die ukrainischen Milizionäre helfen.<sup>45</sup> Von Februar bis Ende 1916 wuchs die Mitgliederzahl des angeblichen „Turnvereins“ von 150 auf fast 1.000 Gefangene an.<sup>46</sup>

Terlečkyj sieht in der Rastatter Sič das Vorbild der Aufstellung nationaler Truppen in der Ukraine.<sup>47</sup> Dies ist sicher falsch. Für die anderen Lager war Rastatt jedoch ein Vorbild. In Wetzlar wurde eine analoge „Sič“ am 2. November 1916 gegründet, im Januar 1917 war die Organisation auf 193 Mann, im November 1917 auf 1.173 Mann angewachsen und bildete das „Sič-Regiment ‚Bund zur Befreiung der Ukraine‘“. Im Januar 1917 entstand auch in Salzwedel eine Turngesellschaft „Zaporizka Sič“, zu der bis Anfang 1918 über 700 Mann stießen. Dass dies eine deutsche Aktion war, wird daran deutlich, dass es im österreichischen Freistadt, dem „Mutterlager“, erst im Juli 1917 zu einer analogen Gründung kam.<sup>48</sup>

<sup>41</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 21-24, 23, von Schwerin, Bericht über die Verwendung der Geldmittel, 6.7.1916.

<sup>42</sup> Sribnjak (Anm. 1), 142; Terlečkyj (Anm. 1), 116f., 200, 285.

<sup>43</sup> Dilo 180/3.8.1917, Übersetzung in PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Bl. 114-124. In dem Bericht heißt es: „Nur ein aufgeklärter Ukrainer kann Mitglied des Ssitschvereins [in Salzwedel war dies die Bezeichnung des „Turnvereins“, F.G.] werden, es sind aber auch Juden zugelassen, die unseren Bestrebungen freundlich gegenüber stehen.“ Vgl. Terlečkyj (Anm. 1), 250.

<sup>44</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 9, Bl. 31-33, [Jordan], Bericht, 28.4.1916.

<sup>45</sup> Protokoll der Rastatter „Nationalen Sektion“ vom 2.4.1916, zitiert nach Terlečkyj (Anm. 1), 166. Skoropys wiederholte dies vor dem Rastatter Generalrat am 19.4.1916; vgl. ebd., 285f.

<sup>46</sup> Die Zahlen differieren in den Unterlagen geringfügig. Sribnjak erwähnt auch eine vorübergehende Reduzierung im Zusammenhang mit der Abordnung zu Arbeitskommandos; vgl. Sribnjak (Anm. 1), 142; Terlečkyj (Anm. 1), 203f.

<sup>47</sup> Ebd., 205.

<sup>48</sup> Sribnjak (Anm. 1), 147f.

### Die „Lagerrevolution“

Die These Remers, dass die Deutschen für die Lagerarbeit konservative Galizier den BBU-Linken vorgezogen hätten, ist nicht haltbar. Die von Remer angeführten Schwierigkeiten zwischen Galiziern und Ost-Ukrainern dürften an der Rivalität zwischen den Gruppen gelegen haben.<sup>49</sup> Die Deutschen stützten Skoropys und den „linken“ BBU. Es störte sie auch nicht, dass man in Rastatt schon im März 1916 das Projekt einer Agrarreform ausarbeitete – bei dem überaus starken Interesse an der Landfrage war dies ein guter Weg, die Gefangenen deutschfreundlich zu stimmen.<sup>50</sup>

In Wetzlar wurde im November 1916 die Lagerarbeit reformiert. Hierüber liegt ein umfangreicher Bericht Omeljan Terlečkyjs vom 9. Januar 1917 vor, der selber dort Mitglied des BBU-Unterrichtsausschusses gewesen war.<sup>51</sup> So wie die russische Armee im Laufe des Krieges revolutionäres, zur Insubordination gegenüber den Vertretern der alten Strukturen verleitendes Denken angenommen habe, habe es auch in den Lagern – noch vor den revolutionären Ereignissen im Frühjahr 1917 – eine wachsende Initiative von unten gegeben; „Propagandisten der ukrainischen Sache“ aus den Reihen der Gefangenen seien gegen die „Lageraristokratie“ angetreten, die man mit dem BBU-Unterrichtsausschuss identifiziert habe. Ein Grund hierfür kann meines Erachtens nicht allein im galizisch-ostukrainischen Gegensatz gesucht werden. Mindestens ebenso bedeutsam dürfte das autoritäre Gebaren der beteiligten Männer gewesen sein, und ganz vernachlässigen sollte man wohl auch nicht die Tatsache, dass die konfinierten Lagerinsassen, die häufig aus den nicht-besitzenden Schichten stammten, es mit frei herumreisenden Halbintellektuellen zu tun hatten, was Neidkomplexe und andere psychologisch erfassbare Animositäten erzeugt haben dürfte.

Für die Lagerarbeit selbst waren diese Entwicklungen unschädlich. Skoropys hatte nach Terlečkyj den Ersatz der führenden Rolle des Unterrichtsausschusses durch eine eher „politische Vertretung“, die „Heneral’na Staršyna“ (HS), bereits am 11. Juni 1916 als Ideal gepriesen und dies im September 1916 auch gegenüber den Deutschen vertreten.<sup>52</sup> Im November 1916 wurde in Wetzlar der Teil des Ausschusses, der „durch taktloses Benehmen einiger seiner Mitglieder sein ganzes Ansehen verloren hatte“, aus der Lagerarbeit entlassen. Am 12. Dezember 1916 organisierte Skoropys die Reform in Rastatt. Am 9. Dezember hatte die Bildungsabteilung hier mehr oder weniger „freiwillig“ auf ihre bisherige führende Rolle verzichtet. Die Leitung der verschiedenen Lagerorganisationen übernahmen solche BBU-Vertreter, die weiter das Vertrauen der Gefangenen genossen (in Rastatt zeitweise Skoropys

<sup>49</sup> Vgl. Remer: *Ukrainerlager* (Anm. 19), 99f. Der Geistliche Brendzan, den der BBU rekrutieren wollte, soll „wahrscheinlich während [seines] durch Paßschwierigkeiten hervorgerufenen Aufenthaltes in Wien in dem Sinne beeinflusst worden [sein], dem Bunde nicht zu Diensten zu sein“ (PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 21-24, 22, von Schwerin, Bericht über die Verwendung der Geldmittel, 6.7.1916).

<sup>50</sup> Terlečkyj (Anm. 1), 206.

<sup>51</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 11, Bl. 48-53, Emilian von Terletzkyj [Omeljan Terlečkyj], Die Bedeutung der Novemberreform für die ukrainische Propaganda im Lager Wetzlar, 9.1.1917; vgl. auch Remer: *Ukrainerlager* (Anm. 19), 100-102.

<sup>52</sup> Terlečkyj (Anm. 1), 287, 294.

selber), aber auch Offiziere aus dem Kreis der Gefangenen. So sei es nach Terlećkyj zu einer Autonomie gekommen, „wie man sie in jedem Rechtsstaate findet“.<sup>53</sup> Die Lagerreform sah vor, eine „Heneral’na Rada“ (HR) zur „höchsten gesetzgebenden Körperschaft im Lager“ zu erklären, die eine HS als Exekutivorgan wähle. Dies sollte sie allerdings nur im Benehmen mit dem BBU tun können, dem zudem die HS unterstehen sollte und der so seine Macht bewahrte.

Die kritisierten Ausbilder wurden von den Deutschen entlassen und nach Österreich zurückgeschickt.<sup>54</sup> Sie agitierten dann in Wien gegen die Gefangenenarbeit und behaupteten, in den Lagern würden nur Revolutionäre herangezüchtet. Dass im Februar 1917 (also noch vor der russischen Februarrevolution) in Wetzlar und Rastatt Wahlen zu einer „Volksrada“ stattfanden, war demnach eine Folge sowohl der Ukrainisierung als auch der Demokratisierung der Gefangenenkommunitäten, gegen die die Deutschen nichts Grundsätzliches einzuwenden hatten. In diesem Zusammenhang blieb nämlich (wie bei der Unterstützung von Lenins Heimkehr) die „Revolutionierung“ durchaus etwas Erwünschtes.

Den Deutschen erschien das politische Engagement, auch die Selbstverwaltung der Gefangenen, instrumentalisierbar. Richtig schreibt Terlećkyj, dass das Vertrauen in Skoropys’ Einfluss alle eventuellen Bedenken ausräumte.<sup>55</sup> Anders aber bei den Österreichern: Wegen der Auswirkungen auf Galizien und der Rücksicht auf die Polen ist die von Remer angeführte österreichische Direktive an den BBU, sich nur auf den nationalen Aspekt zu beschränken und den sozialen auszuklammern, eben nicht auf Deutschland zu übertragen.<sup>56</sup>

### Der Einsatz der Gefangenen

1916 begann man sich erstmals dafür zu interessieren, wie man die Gefangenen einsetzen könnte. Vor einem direkten Kampfeinsatz schreckten die Deutschen nicht zuletzt wegen völkerrechtlicher Bedenken zurück. Hingegen organisierte der Generalstab zusammen mit BBU-Repräsentanten einen propagandistischen Einsatz von Ukrainern. Generalstab und Kriegsministerium (Oberst Friedrich) erwogen im Januar 1916,

„20 in den hiesigen Ukrainerlagern ausgesuchte, vertrauenswürdige und unterrichtete Ukrainer [...] nach Südrubland (Ukraina) zu entsenden[,] um zuverlässige Nachrichten über die Stimmung in ihrem Heimatlande einzuholen, ihren Landsleuten die gute Behandlung der ukrainischen Kriegsgefangenen bekannt zu geben und das Interesse Deutschlands an der Wiedererrichtung der selbständigen Ukraina zu verbreiten“.<sup>57</sup>

<sup>53</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 11, Bl. 48-53, 50f., Emilian von Terletzkyj [Omeljan Terlećkyj], Die Bedeutung der Novemberreform für die ukrainische Propaganda im Lager Wetzlar, 9.1.1917. Vgl. Terlećkyj (Anm. 1), 176f., 288, 294-296.

<sup>54</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 11, Bl. 5, von Lübbers an Kriegsministerium, 12.2.1917.

<sup>55</sup> Terlećkyj (Anm. 1), 336.

<sup>56</sup> Vgl. Remer (Anm. 1), 273.

<sup>57</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl. 101, Kriegsministerium (Friedrich) an AA (von Bergen), 6.1.1916.

Nur nach einem späteren Bericht Skoropys' sollten tatsächlich einige Freiwillige durch die Front geschleust worden sein.<sup>58</sup> Der Rastatter „Turnverein“ stand noch nicht zur Verfügung. Am 9. Dezember 1916 fand dann ein Gespräch im Generalstab in Berlin zwischen deutschen und ukrainischen Vertretern statt. Hauptmann Martin Kosack aus Rastatt schlug vor, zwanzig Mann aus drei Lagern unter der Führung Šapovals in der Uniform der österreichischen USS an die Ostfront zu verlegen, um dort auf beiden Seiten der Front Propaganda „im ukrainischen Geiste“ unter Soldaten und Einheimischen zu betreiben.<sup>59</sup> Die unterschiedlichen Interessen kamen in dem Gespräch deutlich zum Ausdruck: Den ukrainischen Vertretern war an der völligen Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft gelegen, daneben sollte Šapoval der militärische Vorgesetzte sein, und die Stellung der Ukrainer sollte derjenigen der Ukrainer im k.u.k. Heer angeglichen werden. Außerdem legte Šapoval Wert auf die eher akademische Unterscheidung, dass die Ukrainer zwar für die „Erkundung“ zu verwenden seien, jedoch nicht „als Spione für deutsche Ziele“: Die ukrainische Abteilung (viddil) solle als „Vertretung des ukrainischen Volkes auftreten, das gegen den Moskauer Staat im Namen seines Volkes“ kämpfe. Von Gülsen meinte dagegen, die Ukrainer müssten – anders als kriegsgefangene Volksdeutsche – ihren Gefangenenstatus behalten, erklärte darüber hinaus, dass die Deutschen „zu gewissenhaft seien, um Hoffnungen zu wecken und etwas zu versprechen, was durch die Kriegslage derzeit nicht gerechtfertigt sei“, und dass man sich deutscherseits daher einer Aussage über den künftigen Status der Ukraine enthalte: Man wolle nur die Ukrainer „vorzeigen“ und die Phantasie der Betrachter dadurch anregen.<sup>60</sup>

Auch unter den Ukrainern war der Einsatz umstritten. Skoropys hatte sich anfangs ganz dem Gedanken eines Gefangeneinsatzes widersetzt, da er fürchtete, der BBU würde als eine deutsche Agentur desavouiert werden. Die Deutschen argumentierten dagegen, sie müssten den Nutzen der Ukrainerlager belegen, die viel Geld kosteten, und Šapoval beharrte erneut darauf, seine Leute machten „ukrainische Arbeit und keine deutsche“. Er erklärte sich nur zur Zusammenarbeit bereit, wenn allein die ukrainische Sache im Vordergrund stände, nicht aber Spionage. Für Šapoval war ein zu schaffender Verband keine „private, den deutschen Interessen dienende Gruppe“, sondern ein „Verband einer verbündeten Armee“. Die Deutschen gaben den ukrainischen Forderungen erst nach, als Skoropys auf die Nachricht, der Generalstab würde selber Freiwillige in den Lagern suchen, replizierte, in diesem Falle ließen sich kaum zwanzig Mann finden.<sup>61</sup> Gegenüber den Gefangenenvertretern in Rastatt machte er sich aber zum Fürsprecher dieser Aktion: Als er erklärt hatte, die Gefangenen würden nicht zur Spionage verwandt, sprachen sich die Gefangenen-

<sup>58</sup> Vgl. Oleksander Skoropys-Joltuchovskýj: Moï ‚zločyny‘, In: Chliborobška Ukraina, 2-4 (1920-21), 191-237, 217-220.

<sup>59</sup> Kosack, im Zivilberuf Realschulrektor aus Hannover, war Anfang August 1915 in das Lager Rastatt abkommandiert worden; vgl. Terlečkyj (Anm. 1), 67, 79. NAC, MG 30, C 167, vol. 22, file 31, „Aby vesty tam po oboch storonach frontu propagandu v ukraïnskym dusi sered vojakiv Ukraïnciv ta sered ukraïnskoho naselennja“, Gesprächsprotokoll des BBU, 9.12.1916.

<sup>60</sup> Ebd.

<sup>61</sup> NAC, MG 30, C 167, vol. 22, file 31, Gesprächsprotokoll Skoropys-Joltuchovskýj, 17.12.1916.

organe (HR, HS, Sič) einstimmig für den Einsatz aus. Skoropys und die Rastatter Ukrainer hofften, den Deutschen so eine bündnisartige Zusammenarbeit mit den Ukrainern abzurufen – noch war auch die Möglichkeit einer siegreichen Offensive im Osten gegeben. Der Eid, den die Soldaten ablegen sollten, würde ukrainisch sein und damit die Selbständigkeit der Formation aufzeigen.<sup>62</sup>

Als die Bedingungen der Vereinbarungen durchsickerten, bildete sich dagegen eine Opposition: Immerhin gelang es im Januar 1917 tatsächlich, genügend Freiwillige unter den 200 bis 250 Sič-Angehörigen in Rastatt zu finden. Am 12. Januar 1917 fand die Vereidigung statt: Die Freiwilligen gelobten in ukrainischer Sprache:

„Vor Dir, Ukraine, und dem ganzen ukrainischen Volk, schwören wir nach altem kosakischem Brauch, ehrlich, treu und tapfer Dir, Ukraine, unter dieser Fahne zu dienen, unter ihr Dich mit allen Kräften zu verteidigen, diese Fahne in keinem Falle zu verlassen, mit den Feinden niemals in eine Absprache zu treten, sondern sie vielmehr immer erbittert zu bekämpfen und sich insgesamt so zu führen, wie es einer ruhmreichen Sič-Gesellschaft zu leben und zu handeln gebührt, und ehrenvoll zu sterben. So hilf uns Gott und das ganze ukrainische Volk!“<sup>63</sup>

Am 17. Januar 1917 verließen Kosack, Šapoval und 26 Unteroffiziere und Soldaten aus Rastatt in Uniformen der USS das Rastatter Lager. Unter Kosack wurden die Ukrainer über Chelm nach Kovel' „mit Gewehren, aber ohne Munition“ in Marsch gesetzt. Man stellte sich vor, dass sie gefangene bzw. übergelaufene russische Soldaten propagandistisch bearbeiten und dann zurückschicken sollten, auf dass diese ihre Kameraden dazu aufrufen sollten, Angriffe zu verweigern, in größeren Gruppen überzulaufen und Sabotageakte zu begehen.

Die Ukrainer sprachen gefangene Soldaten an und nahmen Kontakte mit ukrainischen Dorfbewohnern auf, was nach Kosack „unter der hiesigen Bevölkerung – Juden natürlich ausgenommen – [...] großen Anklang“ fand. Kosack machte die Erfahrung, dass die Einheimischen Österreichern mit Vorbehalten gegenübertraten (und diese wiederum den deutschen Ukrainer-Aktionen misstrauten), Deutschen jedoch nicht, und schlug dementsprechend eine „stärkere Hervorkehrung des deutschen Einflusses“ vor.<sup>64</sup>

### Die Folgen der Februarrevolution

Die Lage änderte sich am 15. März 1917; an diesem Tag erfuhr man in Rastatt vom Ausbruch der Revolution in Russland.<sup>65</sup> Für Terlečkyj war die Revolution der Anfang vom Ende der „Gefangenearbeit“: Berlin und der BBU waren nunmehr

<sup>62</sup> Terlečkyj (Anm. 1), 302f.

<sup>63</sup> Text ebd., 311f.; Sribnjak (Anm. 1) 143.

<sup>64</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 11, Bl. 13f., Sektion Politik Berlin des Generalstabs (von Hülsen) an Kriegsministerium, Unterkunftsdepartement, 30.12.1916; ebd., Bl. 6-8, Kriegsministerium an Stv. Generalkommando des XIV. Armeekorps, Karlsruhe, 5.1.1917; ebd., Bl. 10-12, Kosack an von Lübbers, 6.2.1917. – Den anfänglichen lokalen Vorbehalt gegenüber den Österreichern bestätigt Bohdan Hnatkevych: *Ukrainští Sičovi Stril'ci 1914-1920*. L'viv 1935 (Repr. L'viv 1991), 114. Dieses Misstrauen ist mit dem Misserfolg zu vergleichen, den die Piłsudski-Legion im August 1914 bei ihrem Einmarsch in Russisch-Polen hatte.

<sup>65</sup> Terlečkyj (Anm. 1), 340.

nicht mehr die einzigen Bezugspunkte einer ukrainisch-nationalen Orientierung. Kiew kam als neuer Faktor hinzu, und die Nachricht von der Revolution traf auf eine Gruppe von Männern, die fast zwei Jahre lang in nationalem Geiste trainiert worden waren.<sup>66</sup> Nach Terlečkyj desavouierte aber auch die Revolution die „nationale Arbeit“: Die soziale Frage erhielt gegenüber der nationalen deutlich Vorrang, und eine Parteinahme für die Mittelmächte wurde immer problematischer.<sup>67</sup>

Nach der Februar-Revolution trat Skoropys-Joltuchovskýj mit einem ambitionierteren Vorschlag an das Militär heran. Wegen des Mangels an zur Ukrainisierung geeignetem Personal in der Ukraine regte er an, ausgebildete Kriegsgefangene legal in die Ukraine zu schleusen, um dort Verwaltungsposten zu übernehmen. Dazu sollten die Invalidentransporte genutzt werden, wozu der Umstand beitrage, dass „die Mehrzahl der geistigen Führer in ukrainischen Lagern an Lungensucht erkrankt“ sei – außerdem könnten Gruppen von Gefangenen über das neutrale Ausland reisen. Das Unterkunftsdepartement des Kriegsministeriums, das die Lagerarbeit betreute, war zu solchen Aktionen bereit, wenn die Freigelassenen nicht gleich wieder eingezogen würden, aber das Auswärtige Amt mochte nicht so weit gehen und legte den Vorgang nach einer Besprechung mit dem Kriegsministerium zu den Akten.<sup>68</sup>

In der Etappe ging der Einsatz der „Aufklärungskrainier“ dagegen weiter. Am 17. Juni 1917 wurde die gesamte Bugetappe als ihr Tätigkeitsfeld ausgewiesen. 173 Ukrainer aus den Lagern Rastatt, Salzwedel und Wetzlar wurden den Etappenkommandanturen zwischen Biała Podlaska und Żabinka zugewiesen, mit 48 Mann die höchste Zahl der Kommandantur 217 in Parczew. Es wurden 51 ukrainische Schulen eingerichtet bzw. geplant, die ehemaligen Gefangenen gaben Unterricht, halfen ihren Landsleuten aber auch im Sommer beim Einbringen der Ernte: „Durch letztgenannte Tätigkeiten erwarben sie sich in hohem Grade das Vertrauen ihrer Landsleute und auch die Achtung der im Lande stark vertretenen Polen“, heißt es in dem Bericht für das Kriegsministerium. Die überwachenden Deutschen registrierten zunächst auch Erfolge bei dem Versuch, polonisierte und zum Katholizismus übergetretene Ukrainer „auf die richtige ukr. Vaterlandsgesinnung zurückzubringen“. Damit hatte im Sommer 1917 tatsächlich eine von den Deutschen in ihrem Besatzungsgebiet betriebene Ukrainisierungskampagne begonnen, die das Image der Deutschen bei den Nationalukrainern prägte.<sup>69</sup>

Weil eine deutsch-ukrainische Option nach der Februarrevolution unbeliebt geworden war, wurde die Abreise weiterer Gefangener in die besetzten Gebiete jedoch problematisch. Am 16. April 1917 wurden noch einmal zwölf Rastatter, sieben

<sup>66</sup> Ebd., 341, 343: „Vid ceï chvyli perestav žyty tabor svoïm žyťjam“.

<sup>67</sup> Ebd., 345f.

<sup>68</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 155-157, Skoropys an Unterkunftsdepartement, 12.6.1917; Unterkunftsdepartement an AA (von Bergen), 22.6.1917; ebd., Bl. 154, Vermerk von Bergen, 28.6.1917.

<sup>69</sup> Ebd., Bd. 15, Bl. 41f., MarineStIng Voigt, Hilfssoffizier Unterricht, kommandiert zum NachrOffz der OHL beim Oberbefehlshaber Ost, an Kriegsministerium Berlin, Abschrift für AA, 1.8.1917. – Zur Behinderung der ukrainischen Aktivitäten im österreichischen Okkupationsgebiet vgl. Bihl: Österreich-Ungarn (Anm. 28), 505-526, 516.

Wetzlarer und vier Salzwedler Gefangene zu Šapoval geschickt.<sup>70</sup> Dass nun die Deutschen weitere hundert Gefangene freilassen und nach Chełm schicken wollten, wäre ein Jahr zuvor als großer Erfolg gefeiert worden. Am 30. April 1917 beschloss dagegen die Rastatter HR, sich darauf nur einzulassen, wenn die Gefangenen ausschließlich zu „Bildungs- und Kulturzwecken“ verwendet würden, die Deutschen die polnische Verwaltung des Gebiets beseitigen und eine Verbindung zu den Lagern aufrecht erhalten würden. Die Gefangenenvertreter glaubten, die Deutschen würden die Ukrainer für eigene Zwecke, nicht aber zur Ukrainisierung verwenden; dabei war ihnen nicht aufgegangen, dass die Ukrainisierung an sich bereits den Interessen Deutschlands entsprach. Trotzdem verließ am 2. Mai 1917 ein drittes Kontingent von 33 Mann (insgesamt führen hundert Mann aus allen drei Lagern) das Rastatter Lager. Die Opposition in Rastatt reagierte aber darauf mit Protesten, nach Terlečkyj entstand so etwas wie eine „Gegenregierung“. Gerüchte kursierten, die Ukrainer würden auf die deutschen Regimenter verteilt.<sup>71</sup> Eine Konferenz von Abgesandten der Lager in Salzwedel am 8./9. Mai 1917, an der neben Skoropys auch Levyčkyj und Kuzelja teilnahmen, betonte zwar, die russische Revolution habe keinen Einfluss auf das Streben nach ukrainischer Selbständigkeit, wurde aber in den Lagern selber nicht besonders ernst genommen.<sup>72</sup> In einer weiteren Konferenz in Rastatt (17. bis 20. September 1917) versuchte man, den BBU zu entmachten und ihn den Beschlüssen der Gefangenen unterzuordnen.<sup>73</sup>

Nach Terlečkyj erlebte nun Rastatt eine „Revolution sui generis“. Die Stimmung wurde pro-russisch, und als im Juni 1917 ein neues Kontingent in die besetzten Gebiete geschickt werden sollte, kam es in der HR zu einer Kampfabstimmung. Die Gegner hielten es für unmöglich, „Menschen in die besetzten Gebiete zu schicken, wenn Rußland der Ukraine die Freiheit gibt, denn das ist eine Arbeit für die Deutschen“. Das Abstimmungsergebnis in der HR vom 26. Juni 1917 demonstrierte mit 23 zu acht Stimmen erheblichen Widerstand, und es fehlen Angaben darüber, ob dieses Kontingent tatsächlich abging.<sup>74</sup> Die HR beschloss eine Resolution, in der sie der Kiewer Zentral-Rada (immerhin einem Organ auf der Seite des Kriegsgegners der Mittelmächte) jegliche Unterstützung zusicherte und alle Verweise auf die Unabhängigkeit aufgab. Die in der Resolution erscheinende Wendung von einer „Freien Ukraine“ (vil’na Ukraïna) war vielfältig, nicht notwendigerweise national, zu interpretieren.<sup>75</sup>

Terlečkyj erklärte diesen Umschwung auch damit, dass mit dem Abgang jedes Kontingents die Zahl der „bewussten Ukrainer“ in den Lagern (die er auf etwa zweihundert Menschen bezifferte) geringer wurde und die Verfechter einer russischen

<sup>70</sup> Terlečkyj (Anm. 1), 350.

<sup>71</sup> Ebd., 350-352.

<sup>72</sup> Ebd., 386-390.

<sup>73</sup> Ebd., 390-398.

<sup>74</sup> Ebd., 352-354.

<sup>75</sup> Ebd., 356. Bis Anfang 1918 beschränkten sich die Forderungen der Zentral-Rada auf den Status einer autonomen Ukraine innerhalb eines demokratischen und föderierten Russland.



Orientierung relativ an Bedeutung gewannen.<sup>76</sup> Erst mit dem Nahen des Brester Friedens änderte sich die Stimmung wieder.

Im österreichischen Verwaltungsgebiet in Wolhynien wurden anfangs mit ähnlichen Zielen wie bei den Deutschen Offiziere der USS eingesetzt, die jedoch bald auf polnische Proteste hin wieder zurückgezogen werden mussten. Indirekt wurde damit ein Erfolg der Bildungsarbeit eingestanden.<sup>77</sup> Auch im deutsch verwalteten Gebiet standen die polnisch-ukrainischen Gegensätze im Vordergrund. Unter der Leitung Šapovals wurde in Biała Podlaska eine „Ukrainische Gemeinde“ (Hromada) eingerichtet, welche die „Aufklärer“ im deutsch besetzten Gebiet führte, die nunmehr als „Vertrauensleute“ bezeichnet wurden.<sup>78</sup> Die Vertrauensleute maßten sich jedoch bald Kompetenzen an, die selbst den Deutschen zu weit gingen. In einem Bericht vom Oktober 1917 wurde vermerkt, dass starker Widerstand gegen das ukrainische Netzwerk von polnischen Geistlichen, polnischen Grundbesitzern und Ortsvorstehern ausginge. Dass diese polnische Infrastruktur versucht haben soll, „die ukrainisch gesinnten Bauern durch erhöhte Heranziehung zu Arbeiten und andere Schwierigkeiten zur Aufgabe ihres Standpunktes zu bestimmen“, beschreibt eine Verhaltensweise, die im Zweiten Weltkrieg erneut offenbar werden sollte.<sup>79</sup>

Das öffentliche Tragen ukrainischer Uniformen wurde von den Deutschen bald mit der Begründung eingeschränkt, die Vertrauensleute hätten sie „möglichst zu schonen, sie nicht zu vertragen und nicht zu verschmutzen“. Aber gleichzeitig wurde befohlen, sie in den Städten „nur auf besonderen Befehl anzulegen“.<sup>80</sup> Intern gab man zu, einige Vertrauensleute seien sehr herausfordernd darin aufgetreten. Diese Vorschrift wiederum „hat unter den Vertrauensleuten viel böses Blut gemacht“, während sie „bei den Polen und den Polenfreunden [...] eitel Freude ausgelöst“ habe. Dennoch ging der Aufbau eines ukrainischen Schulsystems weiter, und Kosack, der Lehrer aus Hannover, plante bereits die Einrichtung eines ukrainischen Lehrerseminars.<sup>81</sup>

Eine Besetzung der Ukraine war bis 1917 in den deutschen Planungen nicht vorgesehen. Nun versuchte Erich Ludendorff (1865-1937) aber, sich von Reichskanzler Georg Michaelis (1857-1936) Propagandarichtlinien absegnen zu lassen, wonach eine Besetzung der Ukraine „nicht aus Eroberungssucht [...], sondern zum Schutz unseres Landes und als notwendige Vergeltung für den russischen Angriffsversuch zur Eroberung Lembergs“ unternommen und gleichzeitig auf Annexionen ausdrücklich verzichtet würde. Man habe auch nicht vor, einen „künftigen ukrainischen Staat in politische Abhängigkeit von uns zu bringen“, sondern stehe nur „der nationalen Entwicklung der Ukraine mit Wohlwollen gegenüber“. Die Behandlung der ukrai-

<sup>76</sup> Ebd., 353.

<sup>77</sup> Vgl. Hnatkevyc (Anm. 64), 114-116.

<sup>78</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 18, Bl. 121-124: „Allen aus den Lagern Deutschlands kommenden Sitschleuten in blauer Uniform wird zum Unterschied von den bewaffneten Sitschleuten der Name ‚Vertrauensmann‘ gegeben.“ (Vorschriften für die Vertrauensleute, o.D. [Herbst 1917]).

<sup>79</sup> Ebd., Bd. 18, Bl. 117-120, Hauptmann Kosack, Hilfsoffizier Unterricht, kommandiert zum NachrOffz der OHL beim Oberbefehlshaber Ost, Bericht, 29.10.1917.

<sup>80</sup> Ebd., Bd. 18, Bl. 121-124, 124, Vorschriften für die Vertrauensleute, o.D. [Herbst 1917].

<sup>81</sup> Ebd., Bd. 18, Bl. 117-120, Kosack, Bericht, 29.10.1917.

nischen Gefangenen habe den „ehrlichen Wunsch der Zentralmächte“ belegt, „mit dem künftigen ukrainischen Staate in freundschaftlichen Beziehungen zu stehen und ihm bei dem Wiederaufbau seines wirtschaftlichen Wohlstandes zu helfen“, was aber der Ukraine „nur die baldige Beendigung des Krieges“ ermögliche.<sup>82</sup> In dem Maße, in dem in dieser Konstruktion eine militärische Besetzung (als Vergeltung, nicht als Annexion) ins Auge gefasst und die ökonomischen Vorteile (wenngleich in umgekehrter Richtung) angesprochen wurden, konnte nunmehr tatsächlich bei den militärischen Stellen ein bis dahin fehlendes Ausbeutungskonzept erkannt werden.

### Vor und nach Brest-Litovsk

Dem Auswärtigen Amt erschien dies jedoch auch jetzt noch verfehlt. Der neue Staatssekretär (Außenminister) Richard von Kühlmann (1873-1948) lehnte jede öffentliche Erklärung ab, die „den anscheinend sehr vorsichtig[,] aber zielbewußt arbeitenden Ukrainern nur Schwierigkeiten bereiten“ würde. Die „mit der Propaganda betrauten Organe“ sollten für den Fall, dass sie darauf angesprochen würden, nur erklären, die geplante Offensive in die Ukraine hinein habe allein militärische, keine politischen Ziele.<sup>83</sup>

Skoropys hatte sich in der bis dahin geheim gehaltenen „Gefangenenarbeit“ des BBU profiliert. Nachdem sich der erste ukrainische Trupp in der Etappe bewährt hatte und die Öffentlichkeit hergestellt worden war, wollte er mit einem Mandat der Gefangenen und deutscher Unterstützung nach Petrograd reisen, um sich auch für den Fall des Scheiterns seiner Mission eine politische Funktion in der Ukraine zu sichern.<sup>84</sup> Die Ukrainer in Freistadt in Österreich hatten beschlossen, von der provisorischen Regierung Russlands, gestützt auf eine etwas waghalsige Interpretation des Vertrags von Perejaslav von 1654, die politische Autonomie zu fordern. Skoropys war zwar eher für eine völlige Unabhängigkeit, hielt es aber für politisch klüger, mit einem einheitlichen Mandat aller Gefangenen aufzutreten, und versuchte nun, sich auch in den anderen Lagern einen entsprechenden Auftrag geben zu lassen. Da geschickt in dem Mandat neben der nationalen auch die Landfrage als Ziel angesprochen wurde, gelang es in Rastatt, innerhalb eines Monats über 8.500 Unterschriften zu erhalten, obwohl dort nur 3.000 Mann als Absolventen der Ukrainer-Kurse angesprochen werden konnten.<sup>85</sup> Am 13. April 1917 bevollmächtigte die Rastatter HR Skoropys zusätzlich, die „nationalen und politischen Interessen“ der Rastatter Gefangenen dergestalt zu vertreten, dass er sich für eine ukrainische Konstituante einzusetzen habe.<sup>86</sup>

Das deutsche Militär war an der geplanten Russlandreise Skoropys' interessiert. Friedrich meinte im Mai 1917, es sei nicht ausgeschlossen, dass Skoropys „in der Ukraina zu Einfluß gelangen könnte“, weshalb es wünschenswert sei, „Herrn von

<sup>82</sup> Ebd., Bd. 15, Bl. 88f., Lersner an Reichskanzler über AA, 18.8.1917.

<sup>83</sup> Ebd., Bd. 15, Bl. 115, Kühlmann an Großes Hauptquartier, 21.8.1917.

<sup>84</sup> Ebd., Bd. 11, Bl. 132-141, 136, Skoropys an von Bergen, 23.3.1917; vgl. Terlečkyj (Anm. 1), 401.

<sup>85</sup> Ebd., 347.

<sup>86</sup> Ebd., 349f.

Skoropys bei guter Laune zu halten“. Das Auswärtige Amt war dagegen. Dort hielt man es wegen dessen Ungeschicklichkeit (seinetwegen war ein anderer Aspekt der deutschen konspirativen Aktivitäten aufgefliegen) für angezeigt, „ihn vorläufig überhaupt nicht mehr reisen zu lassen“. Man kam daraufhin überein, „ihn vorläufig nicht aus Deutschland herauszulassen“, – und damit waren die Versuche des BBU, sich in die ukrainische Politik der Rada-Zeit einzumischen, vereitelt.<sup>87</sup>

Als Mitte Dezember 1917 Vertreter der Zentral-Rada zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk stießen, versuchten die Deutschen, die „Gefangenearbeit“ als ein Werbemittel zu verwenden. Man wollte die in Biala eingesetzten Kriegsgefangenen nach Brest schicken,

„und Letztere zwanglos und unauffällig mit ukrainischen Abgeordneten in Verbindung setzen. Eindruck erforderlich, als ob unsere Ukrainer zufällig in Brest anwesend und Gelegenheit unmittelbarer Aussprache benutzen wollen.“<sup>88</sup>

Das Vorhaben glückte nicht. Der Rada-Vertreter in Brest lehnte ein Gespräch mit den angereisten Ukrainern ab; „offenbar, weil er sich der russischen Delegation gegenüber nicht sicher genug fühlt“, wie von Rosenberg meldete.<sup>89</sup>

Die Nachrichten über die Brester Verhandlungen, die Unabhängigkeitserklärung und den Friedensschluss vom 9. Februar 1918 belebten auch die Diskussionen in den Gefangenenlagern wieder. Die russische Orientierung vom Vorjahr war wie weggeblasen, und am 11. Februar 1918 beschloss die HS in Rastatt, dem BBU in einem Brief für seine Arbeit zu danken, und bat, diesen Dank auch an die deutsche Führung weiterzureichen.<sup>90</sup> Erstmals wandte sich im Februar 1918 die Friedensdelegation der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) an die Gefangenen mit der Anweisung, „disziplinierte Abteilungen“ zu bilden und dazu beizutragen, die UNR von den „bolschewistischen Banden, die die Anarchie zu uns hineinbringen“, zu befreien. In Rastatt meldeten sich 800 Freiwillige, aus denen das Ivan-Bohun-Regiment gebildet wurde, das am 17. Februar 1918 in die Ukraine in Marsch gesetzt wurde. Am 3. März 1918 folgten als Ivan-Vyhovskýj-Regiment weitere 1.200 ehemalige Kriegsgefangene. Die Sič in den Lagern hörte damit zu bestehen auf.

Erst mit dem Brester Frieden geriet die „Gefangenearbeit“ in den öffentlichen Diskurs. Nationalpolnische Politiker nutzten die zensurfreie Gelegenheit, sie im Reichstag während der Debatte über den Friedensvertrag mit der Ukraine zu kritisieren. Als Verteidiger der „Gefangenearbeit“ trat der Zentrumsabgeordnete Konstantin Fehrenbach (1852-1926) auf, der die Ausbildung in den Lagern zu einer „Kultur-

<sup>87</sup> PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 12, Bl. 129f., Vermerk Jordan, 18.5.1917. Dies wäre auch kaum Erfolg versprechend gewesen, da die Mala Rada im Mai 1917 den Beschluss gefasst hatte, bis zum Kriegsende mit dem BBU in keine Beziehungen zu treten. Hruševskýj bestärkte diesen Beschluss im August noch einmal (Nova Rada 118/22.8.1917, ebd., Bd. 17, Bl. 94). Einem späteren Bericht des französischen Journalisten Pélissier nach soll Skoropys der Rada Geld gesandt haben, welches Hruševskýj jedoch zurückgeschickt habe (ebd., Bd. 18, Bl. 140f., Dietrich von Bethmann Hollweg [Bern] an Reichskanzler, 3.11.1917).

<sup>88</sup> Ebd., Bd. 19, Bl. 203, Vermerk Jordan, 18.12.1917.

<sup>89</sup> Ebd., Bd. 19, Bl. 214, von Rosenberg an AA, 19.12.1917.

<sup>90</sup> Terlečkýj (Anm. 1), 358f.

arbeit ersten Ranges“ erklärte, von der man sich „die besten Früchte für die Zukunft“ erhoffe. Er stritt ab, „agitatorische [...] Zwecke [...] im Winkel des Cholmer Landes“ seien die Absicht gewesen – und hatte insofern damit Recht, als die Initiative zur Entsendung von „acht bis neun Dutzend zu gewissen Zwecken“ (in Wirklichkeit waren es mindestens doppelt so viele) tatsächlich sekundär gewesen war. Dass er auch abstritt, „daß die Gefangenenlager eine Schule für die Agitation gegen die Polen hätten sein sollen“, war ebenso grundsätzlich richtig, weil es in der Tat in erster Linie gegen Russland ging und die Einbeziehung der Lagerabsolventen in den polnisch-ukrainischen Konflikt erst dem Insistieren der Ukrainer und der Tatsache zuzuschreiben war, dass die Mittelmächte es militärisch nicht geschafft hatten, eindeutig ukrainisches Territorium zu erobern.<sup>91</sup>

Im Haushaltsausschuss des Reichstages hatte die Debatte einen anderen Tenor. Hier erschien vor allem die völkerrechtliche Seite der „Gefangenenarbeit“ problematisch. Auch wenn man die kulturellen Seiten der Ukrainerseparierung für rechtlich unbedenklich hielt, Absicht und Wirken der Deutschen gingen ja weiter. Generalmajor Friedrich, unter dessen Aufsicht die Lagerausbildung stand, erklärte, man habe die Gefangenen nach Ober-Ost verlegt, „damit sie die dortige Bevölkerung über Deutschland aufklären“. Zuvor seien sie in Lagern gewesen, „wo die Leute lesen und schreiben gelernt hätten“. Alle Vermutungen über „antipolnische Agitation oder landesverräterische Propaganda in diesen Lagern [wies er] entschieden zurück“. Auch Matthias Erzberger (1875-1921) erklärte, „daß die Behauptung, in den Ukrainerlagern werde Landesverrat getrieben, nur auf einer völligen Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse beruhen könne“. Der Abgeordnete Oskar Cohn (1869-1934) von der USPD brachte die Problematik auf den Punkt: Er konzidierte, „daß in den Lagern zwar Unterricht in den Elementarfächern erteilt worden sei, daß das Kriegsministerium aber Ukrainer als politisches Werkzeug herangezogen und in einer Weise gegen den von ihnen früher geleisteten Fahneid beeinflusst habe, die man kaum anders denn als Landesverrat bezeichnen könne“. Friedrich verwahrte sich zwar „gegen Inhalt und Form“ von Cohns Vorwürfen, und auch die Sprecher der Nationalliberalen und der Konservativen ergriffen für Friedrich Partei, so dass der Vorwurf Cohns völlig isoliert blieb. Für die „Moral“ kennzeichnend war jedoch der Beitrag Gustav Noskes (1868-1946), der für die Mehrheits-SPD sprach: Pragmatisch erklärte er, „daß in allen Ländern der Versuch gemacht worden sei, Gefangene für eigene militärische und politische Zwecke nutzbar zu machen und daß auch Deutschland hier nicht tatenlos zusehen könne, wenn es seine Existenz behaupten wolle“.<sup>92</sup>

Nach dem Friedensschluss und dem „Hilfeersuchen“ an die Mittelmächte, die UNR gegen die Bol'seviki zu unterstützen, begann man hastig, Gefangenenverbände in

<sup>91</sup> Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. Bd. 311, 4078 (22.2.1918).

<sup>92</sup> 209. Sitzung des Haushaltsausschusses (Hauptausschusses) des Deutschen Reichstags, 21.2.1918. In: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918. Bd. IV (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 9/IV). Düsseldorf 1983, 1959f.

die Ukraine zu verlegen. Nach österreichischer Meinung wurden sie „bluffartig“,<sup>93</sup> „ohne Wiederherstellung einer festeren Disziplin gleich beim Einrücken in die Ukraine mitgenommen“, wo sie „mehr oder weniger von selbst auseinandergelaufen“ seien.<sup>94</sup> Immerhin ließen die Deutschen jedoch diese Truppen bei ihrem kampflosen Vormarsch am 1. März 1918 in Kiew einmarschieren. Man legte zunächst großen Wert darauf, nicht als Besatzer zu erscheinen.<sup>95</sup> Am 26. März 1918 ließ man die Truppe in Kiew paradieren. Der deutsche Stabschef in der Ukraine Wilhelm Groener (1867-1939) hielt dies für ein „höchst unnötige[s] Unternehmen“, wobei er es für „noch unnötiger“ hielt, „sie [überhaupt] nach Kiew zu bringen“. Dass neben einem der Regimenter junge Mädchen mit einem Ševčenko-Bild platziert wurden, fand er „das niedrigste Bild, allerdings nicht für eine militärische Parade, wohl aber für eine Operettenaufführung“.<sup>96</sup>

Die Akzeptanz der ukrainischen Soldaten war nur von kurzer Dauer. Bereits am 12. April hielt der Leiter der deutschen diplomatischen Mission in Kiew von Mumm die Stärkung der ukrainischen Armee für unerwünscht, und als die Staatsstreichpläne der Deutschen nach der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens konkret geworden waren, wurden am 26./27. April 1918 die Truppenteile förmlich aufgelöst, wobei kaum zu übersehen ist, dass insbesondere die in den Lagern erfolgte demokratische Ausrichtung der Soldaten ihre weitere Verwendung untunlich erscheinen ließ.<sup>97</sup> Dem Het'man Pavlo Skoropadskýj (1873-1945), der sich mit Hilfe der Deutschen und der Grundbesitzer am 29. April 1918 an die Macht putschte, hätten die national und revolutionär motivierten Truppen gefährlich werden können.

Die aus österreichischen Lagern kommenden Truppen wurden zum Teil als Polizeimacht eingesetzt und blieben unter österreichischem Oberbefehl. Die Ukrainerlager blieben als Kriegsgefangenenlager bestehen, da die Versuche der UNR-Missionen, eine Entlassung der übrigen Gefangenen zu erreichen, daran scheiterten, dass sie nur jeweils einige Wochen lang über ein Staatsgebiet verfügten und die deutsche Seite sich daher bis 1921 einer Regelung verweigerte.

Der erste deutsche Versuch, die ukrainische Nationalbewegung zu unterstützen, ukrainische Gefangene durch ukrainische Nationalisten zu Ukrainern „ausbilden“ zu lassen, ist ungeachtet der „staatsbildenden“ Rolle, die ihm neuerdings zugeschrieben wird,<sup>98</sup> weitgehend gescheitert. Das Verhältnis zwischen nationaler und sozialpolitischer Motivation der Gefangenen bleibt zu diskutieren. Wie sich die nationalpolitisch ausgebildeten Soldaten nach der Rückkehr in die Ukraine verhielten, entzog sich bisher der Untersuchung. Nach außen hin desavouierte die Zusammenarbeit mit

<sup>93</sup> Bevollmächtigter des k.u.k. AOK Kiew, 27.5.1918, nach Trauttmansdorff an Burián, 13.7.1918, zitiert nach Hornykiewicz (Anm. 4), Bd. 3, Dok. 744, 386.

<sup>94</sup> Trauttmansdorff an Burián, 4.7.1918, zitiert nach ebd., Dok. 740, 378-382, 380.

<sup>95</sup> Vgl. Fedysyn (Anm. 14), 93. Deutschland verfolgte 1941 beim Einmarsch in Lemberg eine ganz ähnliche Taktik.

<sup>96</sup> Wilhelm Groener: Lebenserinnerungen. Göttingen 1957, 393f.

<sup>97</sup> Vgl. Hinweise in Wolfdieter Bihl: Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 1918. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 14 (1966), 51-62, 57; ders.: Einige Aspekte (Anm. 3), 539-550, 550. Vgl. auch Fedysyn (Anm. 14), 128.

<sup>98</sup> Vgl. Ju. I. Tereščenko. In: Sribnjak (Anm. 1), 7.

den Deutschen die Nationalukrainer bei der Entente – während es den Nationalpolen durch eine Wende im Gegensatz dazu weitaus besser gelang, sich als „von Anfang an“ antideutsch zu gerieren.

Es bleibt festzuhalten, dass die Berücksichtigung der „Gefangenenarbeit“ dabei behilflich ist, einige Streitfragen der Weltkriegsgeschichte zu kommentieren:

- Die Ausbildung und Nutzung der Gefangenen erfolgte auf Anregung der Exilukrainer, welche die Mittelmächte hierfür erst interessieren mussten.
- Dagegen, die Gefangenen einzusetzen und somit von ihnen politisch zu profitieren, gab es stets Bedenken – sowohl bei den Gefangenen selber als auch bei den Deutschen.
- Die Zulassung revolutionärer Tendenzen und die Nutzung der Landfrage verweisen darauf, dass die Deutschen an der Revolutionierung als Kriegsmittel, nicht an der eigenen Nutzung der Gefangenen als Unterstützer einer etwaigen Annexion interessiert waren.
- Dass die revolutionären Tendenzen in den Lagern wie im russländischen Militär deutlich wurden, gestattet es, die Lagersituation nicht nur im deutschen, sondern auch im osteuropäischen Kontext zu analysieren.
- Analog dazu entsprach die Stimmung in den Lagern 1917 dem Wechsel der Optionen, die in der Kiewer Politik deutlich wurden.
- Als mit Skoropadskyjs Machtantritt und der faktischen deutschen Herrschaft die gerade erst aufgestellten Verbände aufgelöst wurden, wurde klar, dass die nationalbewussten und sozialrevolutionär gestimmten Ukrainer nur für die „Zersetzung“ des Feindes, nicht aber für die eigene Nutzung „produziert“ worden waren.

Die „Erziehung von Ukrainern“ war demnach ein taktischer Schachzug deutscher Politik, auf den sich die ukrainischen Exulanten und Nationalpolitiker einließen, weil er sie bei der Verbreitung von Nationalbewusstsein anscheinend (tatsächlich aber nur scheinbar) einen Schritt weiter brachte. Die Problematik einer allzu engen Verflechtung mit deutschen Interessen war ihnen – wie später im Zweiten Weltkrieg – offenbar gleichgültig.